



Marktgemeinde  
**Rudersdorf**

## **VERHANDLUNGSSCHRIFT**

**der ordentlichen**

## **GEMEINDERATSSITZUNG**

am 27. Oktober 2016  
im Gemeindesaal Rudersdorf

Beginn: 18.30 Uhr  
Ende: 20.20 Uhr

### **ANWESENDE:**

Bürgermeister OAR Franz Eduard Tauss  
1. Vizebürgermeister Ewald Schneckner  
2. Vizebürgermeister Alfred Weinhofer  
Vorstand Christian Doncsecs  
Vorstand Christel Reicher-Muth  
Vorstand Lucia Salber  
Vorstand Ing. Richard Vettermann

### die Gemeinderäte

Deutsch Oswin  
Freismuth Oliver  
Fuchs Harald  
Fuchs Stefan  
Holler Lisa  
Kainz Patrick  
Weber Manuel

Kobald Harald  
Musser Andreas, Ing.  
Panner Wolfgang  
Handler Verena  
Schulter Walter  
Ulreich Monika

Entschuldigt abwesend:  
Weber Klaus

Schriftführer:  
Judith Rosenberger und Claudia Moretti

Vorsitzender:  
Bgm. OAR Franz Eduard TAUSS

## **T A G E S O R D N U N G**

### **Begrüßung und Eröffnung**

- 1.) Kenntnisnahme des schriftlichen Berichtes über die Gebarungsprüfungsausschusssitzung am 30.08.2016
- 2.) Beschluss über die Anträge für die Vergabe von Nutzungsrechten für freie Gemeindewohnungen
- 3.) Grundsatzentscheidung über das bezirkswweit vorgesehene Vorhaben einer „Infrastrukturdatenbank“ - Absichtserklärung
- 4.) Anträge auf Erwerb von Teilen der öffentlichen Grundstücksfläche Nr. 114, KG Dobersdorf, Ausmaß 60m<sup>2</sup>, und Grundstück Nr. 291, KG Dobersdorf, Ausmaß ca. 50m<sup>2</sup>
- 5.) Aufnahme einer Kindergartenpädagogin für die Integrationsgruppe im Kindergarten Rudersdorf
- 6.) Behandlung eines Einspruches zum Kanal-Ergänzungsbeitragsbescheid, Zl. 85101-2869/6/2016
- 7.) Beschlüsse zu Verträgen für Leasingvereinbarungen für Geräte und Fahrzeuge laut Prüfbericht der Landesregierung
- 8.) Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 18.02.1983 über die Grundlagen für die Einhebung von Kanalanschlussgebühren lt. Prüfbericht der Landesregierung
- 9.) Anträge der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:
  - a) Beschlussfassung zur Aufhebung sämtlicher auf der Grundlage der bereits aufgehobenen Verordnung erlassenen Bescheide wegen der fehlenden Grundlage und damit wegen Rechtsunwirksamkeit
  - b) Beschlussfassung auf Rückzahlung aller auf Grundlage der gesetzeswidrigen Bescheide widerrechtlich eingehobenen Beiträge
- 10.) Bericht des Bürgermeisters
- 11.) Informationsaustausch/Altfälliges

### **Verlauf der Sitzung:**

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder, die Schriftführer und die anwesenden Zuhörer recht herzlich.

Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung rechtzeitig ergangen und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Das Protokoll der letzten GR-Sitzung wurde gemäß § 44 Abs. 4 der GemO den Fraktionsvorsitzenden übermittelt. Es wurden keine Abänderungen oder Berichtigungen mitgeteilt. Es können aber noch bis zur nächsten Gemeinderatssitzung Fragen vorgebracht werden.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob es zum Protokoll der Sitzung vom 30. März 2016 Fragen und Anträge gibt. Nachdem dies nicht der Fall ist, gilt diese Protokollschrift als abschließend bestätigt.

Der Vorsitzende richtet an das Kollegium die Frage, ob es zur vorliegenden Tagesordnung Wortmeldungen gibt.

Schnecker antrag: Schreiben Ireg, in welchem ra abgelehnt wird, soll gr zur kenntnis gebracht werden.

Bgm: ist unter bericht ohnehin vorgesehen, auch das schreiben über va 2016

Abstimmung, antrag als eigener top:

6 spö dafür

Rest dagegen

teilt er dem Kollegium mit, dass die Tagesordnungspunkte entsprechend der Einladungskurrende behandelt werden.

Bgm: Protokoll 11.08.2016 liegt den gemeinderäten heute vor. Änderungswünsche?

Salber: unter vorbehalt als protokollbeglaubiger die ns unterschrieben, ist richtig, dass sie zum inhalt nichts zu sagen hat?

Bgm bestätigt dies.

Schnecker: seite 21 hat zusammenfassung gemacht, die er verlangt hat. Wortmeldung wurde gekürzt und gibt nicht das wider, was er sagen wollte. Schnecker liest wortmeldung vor und verlangt aufnahme in die niederschrift.

Bgm: sagt ergänzung zu, alle einverstanden?

GR stimmt zu.

Für den folgenden Tagesordnungspunkt wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

### **Punkt 1:**

### **Kenntnisnahme des schriftlichen Berichtes über die Gebarungsprüfungsausschusssitzung am 30.08.2016**

VB Moretti verliest den Bericht vom 30.08.2016.

Bgm: höchster betrag für einhebung über ra und gericht eines einzelnen abgabenschuldigen beträgt ca 11.000 euro.

Obmann fuchs: alle gr können fragen zum bericht stellen, sowohl an den obmann und an den bgm. dies ist oft nicht der fall.

Schnecker: ende juni 2016 ..... kann sein, dass zahlen zu diesem zeitpunkt gestimmt haben, weiß es nicht genau, zweifelt vorgelesenen zahlen im bericht an, die obmann vom bgm. bekommen hat.

Bgm: heuer noch beträchtliche zahlungen an den vv und den avv geplant bis jahresende. Hat zahlen von den mitteilungen der verbände abgeschrieben.

Salber: wurde berichtet, dass teilweise zinsen erlassen werden

Bgm: verhandlungen noch nicht abgeschlossen  
 Schnecker: keine falschen hoffnungen schüren

Kenntnisnahme ohne abstimmung.

## **Punkt 2:**

### **Beschluss über Anträge für die Vergabe von Nutzungsrechten für freie Gemeindewohnungen**

Für zwei freie Gemeindewohnungen in Rudersdorf ist das Nutzungsrecht zu vergeben.

Eine Wohnung liegt in der Lindenstraße 1, Wohnung Nr. 2. Für diese Wohnung gab es ursprünglich drei Ansuchen. Zwischenzeitlich wurde das Ansuchen von Frau Peia Monica zurückgezogen, da sie bereits eine Wohnung in Fürstenfeld bezogen hat.

Somit liegen zwei aufrechte Ansuchen vor:

- Beran Jessica, wh. in Rudersdorf, Hauptstraße 3, Kindergartenpädagogin in der Steiermark
- Gamauf Vanessa, wh. in Rudersdorf, Reichenweg 2, wird vom SOS Kinderdorf und der Jugendwohlfahrt in die Selbständigkeit begleitet. Das Ansuchen für die Wohnung wurde vom SOS Kinderdorf Pinkafeld gestellt (Sozialpädagogisches Jugendwohnen). Sie sucht derzeit einen Lehrplatz, daher kann es sein, dass die Wohnung nur als Übergangslösung benötigt wird.

Die Größe der Wohnung beträgt 52,59m<sup>2</sup> förderbare Nutzfläche, die Gesamtfläche inklusive Loggia beläuft sich auf 61,19m<sup>2</sup>. Die monatliche Miete beträgt derzeit unter Einbeziehung der Gemeindeförderung € 385,20. Ein überdachter Autoabstellplatz kommt noch zur Ausführung, dafür beträgt die monatliche Miete € 23,-. Der Finanzierungsbeitrag wurde von der Gemeinde bereits entrichtet.

Ebenfalls ist für die freie Gemeindewohnung in Rudersdorf, Am Erlengrund 2/2/1 das Nutzungsrecht zu vergeben. Für diese Wohnung gibt es folgende Ansuchen:

- Schweinzer Susanne, wohnt bereits Am Erlengrund. Sie hat die Wohnung besichtigt und würde die Ablöse für die Küche an die Vormieter bezahlen.
- Zentgraf Michell, wohnt zurzeit in Ungarn. Er würde mit seiner Mutter gerne in die Wohnung einziehen, kann aber die geforderte Ablöse nicht bezahlen. Sie sind auf der Suche nach einer günstigen Wohnung und würden auch noch warten.

Diese Wohnung hat eine Nutzfläche von 80,57m<sup>2</sup>, die monatliche Miete beträgt € 367,28, die Miete für den Autoabstellplatz € 4,32.

Richtlinien für die Vergabe einer Wohnung vorhanden.

Die Abstimmung erfolgt mittels Stimmzettel.

Stimmenauszähler: freismuth oliver und ulreich monika

Erlengrund: 19 schweinzer, 1 zentgraf

Lindenstraße: 20 beran

Aktuelle Informationen zu Wohnungsnutzungen:

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Frischer Karl-Heinz seit 01.10.2016 Alleinmieter der Gemeindewohnung am Auweg 3 in Rudersdorf ist.

Frau Bianca Grünwald hat um Verlängerung des Mietverhältnisses für die Wohnung Am Erlengrund 1/1/1 in Rudersdorf für ein Jahr angesucht, möchte die Wohnung in spätestens vier Jahren aber kaufen, daher wird wahrscheinlich eine weitere Verlängerung notwendig sein. Mietrückstände wurden bezahlt.

Verlängerung wird zur Kenntnis genommen.

Whg himler michael wird auf dem rechtsweg gekündigt werden, mietrückstand mittlerweile 4.000 euro, mehrfache mahnungen erfolglos.

Bauer Erwin, Gemeindewohnung , Dob. Sonnensiedlung 1/2

Kündigung per 31.01.2017, könnte auch früher bezogen werden.

Größe 54,83m<sup>2</sup> (inklusive Balkon 69,27m<sup>2</sup>), Miete € 318,50 (45,15 Gmd)

Zulassung Öffentlichkeit

### **Punkt 3:**

#### **Grundsatzentscheidung über das bezirkswweit vorgesehene Vorhaben einer „Infrastrukturdatenbank“ - Absichtserklärung**

Aufgrund der guten Zusammenarbeit der Gemeinden im Bezirk Jennersdorf wurde die Idee geboren, eine gemeinsame Infrastrukturdatenbank zu schaffen, in welcher alle Infrastrukturdaten im Verantwortungsbereich der Gemeinden und Verbände im Bezirk Jennersdorf (Digitalisierung Wasser- und Abwasserleitungen, Straßen, Lichtpunkte, Verkehrszeichen) langfristig, flexibel und jederzeit auf beliebigen Endgeräten verfügbar gemacht werden sollen. Die Datenbank soll die Planung von Maßnahmen zur Instandhaltung und Werterhaltung bestmöglich unterstützen und die Grundlage für die Vermögensrechnung der Gemeinden sein. Es ist geplant, dass nach der Erfassung der vorhandenen Daten in weiterer Folge die Auftragnehmer der Gemeinden (zB Ingenieurbüros) die Daten entweder selbst in die Datenbank einpflegen oder dies von einer zentralen Stelle im Bezirk übernommen wird.

Die Umsetzung des Projektes ist in mehreren Phasen geplant:

##### 1. Ausschreibung und Bereitstellung der Infrastrukturdatenbank

Durch die finanzielle Unterstützung der Regionalmanagement Burgenland GmbH (RMB) würde die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen inklusive Leistungsbeschreibungen für alle Gewerke sowie die Bereitstellung der Infrastrukturdatenbank durch die Fa. rmDATA aus Pinkafeld im Gesamtwert von € 70.000,- für die Gemeinden keine Kosten verursachen.

##### 2. Einmalige Datenerstellung und Befüllung der Infrastrukturdatenbank

Die geschätzten Gesamtkosten für diese Phase betragen für die Gemeinden und Verbände insgesamt ca. € 3,4 Mio. exkl. USt., wobei hier bereits die möglichen Förderungen für die Erstellung digitaler Leitungskataster für Wasser und Abwasser des

Bundes und des Landes iHv € 2,3 Mio. sowie eine Sonderförderung des Landes iHv € 600.000,- berücksichtigt sind. Auf Basis der geschätzten Investitionen können die Gemeinden und Verbände im Bezirk Jennersdorf eine voraussichtliche Förderquote von ca. 47% erzielen.

Aufgrund der von der Gemeinde bekanntgegebenen (geschätzten) Daten für die einzelnen Gewerke wurde eine Grobkalkulation der Kosten für Rudersdorf erstellt:

geschätzte Gesamtkosten	€ 250.803,75
geschätzte Förderungen	- € 157.391,84
Kostenübernahme für die Gemeinde	€ 93.411,91

(aufgeteilt auf die nächsten drei Jahre)

Ein Großteil der Kanal- und Wasserleitungen sind in Rudersdorf bereits digitalisiert, diese Daten können in das Projekt einfließen.

### 3. Laufender Betrieb der Infrastrukturdatenbank

Die Kosten für den laufenden Betrieb der Datenbank belaufen sich auf ca. € 250,- pro Gemeinde und Monat (exkl. USt.). Neben den Einschulungsmaßnahmen (ca. € 990,- exkl. USt.) können Kosten für Datenbankaktualisierungen anfallen, die nach dem tatsächlichen Aufwand verrechnet werden.

Um dieses Projekt umsetzen zu können, ist es notwendig, dass möglichst alle Gemeinden und Verbände im Bezirk eine Absichtserklärung unterschreiben, in welcher sie sich verpflichten, am Projekt „Infrastrukturdatenbank“ mitzuarbeiten.

Der Gemeindevorstand spricht eine Empfehlung für die Unterzeichnung der Absichtserklärung an den Gemeinderat aus.

Bgm: Förderungen über Leader sind noch nicht geklärt und auch noch nicht berücksichtigt. Entweder gleich zusagen oder warten, bis alle Finanzierungszusagen geklärt werden. DI höhenberger: geschätzte Kosten zu hoch, angeblich so hohe Förderungen des Bundes vorhanden, dass die Digitalisierung den Gemeinden nichts kosten darf.

Vettermann: Fördermittel 2 Euro pro Laufmeter, gewisse Voraussetzungen gefordert: Kamerabefahrung und Zustandsbewertung, sonst nicht förderfähig; pauschale Aussage von Höhenberger etwas vermessen. Programm rmdata erfordert Lizenzkosten, ca. 1500 Euro pro Station und Jahr; Autocad auch notwendig, um Programm zu betreiben.

Fuchs: Daten der Wassergenossenschaft von der Fa. Depisch ausgearbeitet, nicht 100%ig digitalisiert und aktuell;

Schnecker: Grundsätzlich für derartige Projekte, aber auch ok, wenn verschoben oder mit Zusatz beschließen;

Bgm: Vorschlag, Informations- und Datenstand verbessern, dann eventuell in einer der nächsten Sitzungen beschließen. Ev. auch Zeitraum verlängern

Top wird abgesetzt

### **Punkt 4:**

**Anträge auf Erwerb von Teilen der öffentlichen Grundstücksfläche Nr. 114, KG Dobersdorf, Ausmaß 60m<sup>2</sup>, und Grundstück Nr. 291, KG Dobersdorf, Ausmaß ca. 50 m<sup>2</sup>**

a)

Der Antrag von Frau Sigrid Deutsch auf Erwerb eines Teiles des öffentlichen Weggrundstückes in der KG Dobersdorf, Grst.Nr. 291 (ca. 50 m<sup>2</sup>) wird ausgesetzt und soll heute nicht behandelt werden. Grund dafür ist, dass vorher ein Einigungsvorschlag mit dem Anrainer Deutsch Franz auf Erhalt der Wegnutzung ausgearbeitet werden muss. Bei einer besprechung an ort und stelle haben sich die betroffenen geeinigt, dass es bezüglich des erhalts der wegnutzung eine ausarbeitung des vermessungstechnikers gibt, wo das öffentliche wegstück so verlegt werden soll, dass die Zufahrt erhalten bleibt. Herr deutsch hat – nicht bewilligt – an seine bestehende schlosseriehalle eine überdachung (2seitig geschlossen) an die halle angebaut und in der höhe der halle, die zu erheblichen teilen auf öffentlichem grund steht. Wenn lösung über flächentausch vorliegt, wird sich gr damit befassen. Kosten muss frau deutsch tragen.

b)

Frau Adele Schulter hat um Erwerb eines Teiles des Grundstückes Nr. 114, KG Dobersdorf, im Ausmaß von 60 m<sup>2</sup> angesucht und bereits einen Teilungsplan erstellen lassen. Da es sich um Öffentliches Gut der Gemeinde handelt, ist zusätzlich der Beschluss einer Verordnung notwendig.

Der Gemeindevorstand spricht sich nach kurzer Diskussion grundsätzlich dafür aus, dem Gemeinderat den Verkauf des Teilgrundstückes zu beschließen.

Bgm: liegenschaftsteilungsgesetz kann angewendet werden für die durchführung. Schnecker: spö wird dem antrag zustimmen, gebäude, das auf dem grundstück entstehen sollte, wurde bereits errichtet. Entscheidung wurde dem gr dadurch vorweggenommen.

Bgm: abstimmung über grundstücksverkauf teilfläche laut urkunde zu ortsüblichem preis von 6 euro an frau schulter und beschluss verordnung:

## **VERORDNUNG**

*des Gemeinderates der Marktgemeinde Rudersdorf vom 20.10.2016, mit welcher ein Trennstück des Grundstückes Nr. 114, KG 31104 Dobersdorf, dem Öffentlichen Gut der Marktgemeinde Rudersdorf entwidmet und abgetreten werden.*

### **§ 1**

*Unter Zugrundelegung der Vermessungsurkunde der Fa. Permann & Schmaldienst Vermessung ZT GmbH, Grazer Platz 8, 8280 Fürstenfeld, vom 21.07.2016, Geschäftszahl: 10487/16, wird das im Plan dargestellte Teilstück Nr. 1 des Grundstückes Nr. 114, KG 31104 Dobersdorf, im Ausmaß von 60 m<sup>2</sup> als Öffentliches Gut der Marktgemeinde Rudersdorf entwidmet und dem Grundstück Nr. 112, KG 31104 Dobersdorf, abgetreten und dem Privatgebrauch gewidmet.*

### **§ 2**

*Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.*

einstimmig

ausschluss öffentlichkeit

#### **Punkt 5:**

#### **Aufnahme einer Kindergartenpädagogin für die Integrationsgruppe im Kindergarten Rudersdorf**

Da Frau Elisabeth Muik, welche der Gemeinderat in seiner Sitzung am 11.08.2016 als neue Kindergartenpädagogin eingestellt hat, sowie auch die anderen Bewerberinnen aus verschiedenen Gründen den Dienstposten für die Integrationsgruppe nicht angetreten haben, wurde Frau Jasmine Pummer vorübergehend im Ausmaß von 62,5 % als Kindergartenpädagogin für die Integrationsgruppe beschäftigt.

Am 29.09.2016 hat im Kindergarten das Integrationsgespräch mit der Kindergarteninspektorin Kornelia Berlakovich, der Psychologin Dr. Elisabeth Mbabuko-Mayr, der Sonderkindergärtnerin Miriam Tobitsch, der Sozialarbeiterin Fr. Volk sowie der Kindergartenleiterin Barbara Hödl, der Integrationskindergärtnerin Jasmine Pummer, den Eltern der Integrationskinder und Vertretern der Gemeinde stattgefunden. Im Zuge dieses Gespräches wurde auf Grund des gegebenen Betreuungsbedarfs zum Wohl der Kinder einhellig festgelegt, das Stundenausmaß der Integrationskindergärtnerin von 62,5 % auf 75 % zu erhöhen. An diese Festlegung muss sich die Gemeinde halten. Der Förderanteil der Landesregierung für den Personalkostenzuschuss wird sich dementsprechend erhöhen.

Frau Pummer hat sich mittlerweile gut eingearbeitet und bildet mit der Kindergartenleiterin, in deren Gruppe die Integrationskinder aufgenommen wurden, ein gutes Team.

ärztliche Betreuung im Kindergarten , Vereinbarung über die Verabreichung der Medikamente vorhanden.

Bgm: pummer jasmine rückwirkend mit 29.09. mit 75% (ab 01.10.2016) afu die dauer der benötigten integrationsbetreuung, dh maximal drei jahre.

Abstimmung mit stimmzettel:

Stimmenzähler: freismuth und ulreich

20 stimmzettel

20 zustimmung pummer

#### **Punkt 6:**

#### **Behandlung eines Einspruches zum Kanal-Ergänzungsbeitragsbescheid, ZI. 85101-2869/6/2016**

Herr Mario Fuchs, Feldgasse 10, Rudersdorf, hat am 11.09.2016 gegen den Bescheid über die Vorschreibung eines Ergänzungsbeitrages nach dem Kanalabgabegesetz berufen.

Aufgrund der eindeutigen Rechtslage kommt der Gemeindevorstand nach kurzer Diskussion überein, dem Gemeinderat die Abweisung der Berufung zu empfehlen.



Zubau zum bestehenden objekt, zusätzliche flächen müssen erfasst und verrechnet werden. Gr muss über berufung befinden und den spruch abstimmen:

## **BESCHEID**

*Aufgrund Ihres Schreibens vom 11.09.2016, in welcher Sie mit der Begründung Berufung gegen den Abgabenbescheid für das Objekt Feldgasse 10, Rudersdorf, erheben, dass es sich beim besagten Objekt nicht um einen Neubau, sondern um einen Zubau handelt, und ihre Eltern im Jahr 2001 die Abgaben bereits in voller Höhe geleistet hätten, ergeht folgender*

### **Spruch**

*Die Berufung von Herrn Mario Fuchs, Feldgasse 10, 7571 Rudersdorf, vom 11.09.2016 gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Marktgemeinde Rudersdorf als Abgabenbehörde I. Instanz über die Vorschreibung eines Ergänzungsbeitrages nach dem Kanalabgabegesetz für das Objekt Feldgasse 10, Grst.Nr. 2869/6, EZ 1054, KG Rudersdorf, vom 30.08.2016, Zl. 85101-2869/6/2016, wird als unbegründet abgewiesen und der angegebene Bescheid bestätigt.*

### **Begründung**

*Gemäß § 7 Abs. 1 des Bgld. Kanalabgabegesetzes (Bgld. KAbG), LGBl.Nr. 41/1984 idgF, ist ein Ergänzungsbeitrag zum Anschlussbeitrag zu erheben, wenn sich die Berechnungsfläche, die für die Bemessung des Anschlussbeitrages (§ 5) maßgeblich war oder im Falle eines verjährten Abgabenanspruches maßgeblich gewesen wäre, ändert. Die Höhe des Ergänzungsbeitrages ist gemäß Abs. 2 nach den Bestimmungen der §§ 3 und 5 unter Zugrundelegung des Ausmaßes der zusätzlichen Berechnungsfläche zu bemessen. Der Abgabenanspruch entsteht gemäß Abs. 3 mit Rechtskraft der baurechtlichen Benützungsbewilligung, wenn jedoch eine solche nicht erforderlich ist, mit der Vollendung des Vorhabens, das eine Änderung nach Abs. 1 bewirkt.*

*Sie haben beim bestehenden Objekt Feldgasse 10, Rudersdorf, den Zubau einer zweiten Wohneinheit vorgenommen, welcher mit Baufreigabe vom 16.09.2014, Zl. 131-42-524/2014, baubehördlich bewilligt wurde. Die Benützungsfreigabe für den Zubau wurde aufgrund Ihrer Fertigstellungsanzeige vom 05.02.2016, mit Bescheid vom 17.02.2016, Zl. 131-7-524/2016, erteilt. Da sich die Berechnungsfläche des ursprünglichen Objektes durch diesen Zubau um 153,28 m<sup>2</sup> erhöht hat, war für diese zusätzliche Fläche gemäß § 7 KAbG ein Ergänzungsbeitrag zu erheben.*

*Die Berechnungsfläche für Ihre Anschlussgrundfläche wurde gemäß § 5 Abs. 2 KAbG wie folgt ermittelt:*

<b>A) Bebaute Fläche</b>	<b>Fläche m<sup>2</sup></b>	<b>Bewertungsfaktor</b>	<b>Berechnungsfläche in m<sup>2</sup></b>
Neue Grundlage durch Baumaßnahme	224,81	0,5	112,41
abzgl. bisherige Grundlage lt. bescheidmäßiger Abrechnung	163,50	0,5	-81,75

<b>Summe bebaute Fläche</b>	<b>30,66</b>
-----------------------------	--------------

<b>B) Nutzfläche:</b>	<b>neue Grundlage der Baumaßnahme</b>	<b>abzgl. bisherige Grundlage lt. bescheidmäßiger Abrechnung</b>	<b>Bewertungsfaktor</b>	<b>Berechnungsfläche in m<sup>2</sup></b>
Erdgeschoß/ Wohnraum	151,31	-90,00	1,0	61,31
Ausbau Obergeschoss	144,73	-83,42	1,0	61,31
<b>Summe der bewertbaren Nutzfläche</b>				<b>122,62</b>

**Gesamtberechnungsfläche für den Ergänzungsbeitrag** **153,28 m<sup>2</sup>**

Das Beitragsausmaß ergibt sich aus dem mit der Berechnungsfläche vervielfachten Beitragssatz und beträgt:

153,28 m <sup>2</sup> x € 9,03	€ 1.384,12
+ 10 % MwSt.	€ 138,41
<b>Vorschreibungsbetrag</b>	<b>€ 1.522,53</b>

Bei der von Ihnen in Ihrer Berufung angegebenen Abgabe, welche Ihre Eltern bereits 2001 geleistet haben, handelt es sich um den Kanalanschlussbeitrag gemäß § 5 KAbG, welcher für den Neubau des Objektes am 23.03.2001, Zl. 851-524/2001, vorgeschrieben wurde.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid Beschwerde einzubringen. Die Beschwerde ist binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheides bei der beschwerdellassenden Behörde in schriftlicher Form einzubringen.

Die Beschwerde hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Bescheides, gegen den sie sich richtet;
2. die Erklärung, in welchen Punkten der Bescheid angefochten wird;
3. die Erklärung, welche Änderungen beantragt werden;
4. eine Begründung.

Sie können die Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht beantragen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung; das heißt, der Bescheid kann vor der abschließenden Entscheidung vollstreckt werden.

Hinweis: Gemäß TP 6 Abs. 5 Z 4 Gebührengesetz 1957 unterliegen Eingaben an die Verwaltungsgerichte der Länder in Abgabensachen nicht der Eingabegebühr!

einstimmig

**Punkt 7:****Beschlüsse zu Verträgen für Leasingvereinbarungen für Geräte und Fahrzeuge laut Prüfbericht der Landesregierung**

Nach Vorliegen des Gebarungsprüfungsberichtes der Landesregierung mit der Zahl 2/GF.GPRUDER-10000-2-2015 hat die Gemeinde für die nachfolgenden Verträge für Leasingvereinbarungen die fehlenden Beschlüsse nachzuholen:

**1. Kopierer:**

„pay per page“, Lieferauftrag vom 20.03.2012, abgeschlossen mit der Firma Ricoh Austria GmbH, Vertragsnummer: 46931638, für insgesamt 19 Geräte im Gemeindeamt, in der Volksschule, der NMS, im Kindergarten und in der Raiffeisenbank mit einer Laufzeit von 60 Monaten. Die derzeitige vierteljährliche Mietrate beträgt: € 6.488,20 inklusive USt. Jahresbetrag: € 25.952,80. Zusätzlich zur Miete wird einmal jährlich eine Kopienabrechnung durchgeführt. Der „pay per page“-Vertrag wurde am 14.06.2016 mit frühestmöglicher Wirkung, das ist per 30.06.2017, gekündigt. Die Kündigung wurde von der Firma Ricoh bestätigt. Hier ist großes Einsparungspotential vorhanden, künftig soll es günstigere Kopierer- und Druckerlösungen geben.

**2. Nutzungs-, Wartungs- und Dienstleistungsvertrag „rent your technology“ – EDV-Gemeindeverwaltung**

abgeschlossen mit der Comm-Unity EDV GmbH auf unbestimmte Zeit für die Nutzung der zur Verfügung gestellten Komponenten (Hardware und Gemeindesoftware) mit einer monatlichen Rate von € 773,05 inklusive USt., Jahresbetrag: € 9.276,64. Halbjährlich kündbar, aufgrund umstellung der software, die notwendig wird, muss dieser vertrag neu gemacht werden.

**3. KFZ-Leasing-Vertrag für den Steyr Traktor 4095 ET Kompakt**

abgeschlossen mit der Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH am 08.11.2013 mit einer Laufzeit von 60 Monaten (01.11.2013 bis 31.10.2018), Ankaufspreis: € 84.033,60 inkl. USt, die monatliche Leasingrate beträgt € 1.452,66, Jahresbetrag: € 17.431,92. Mit der letzten Rate wird das Gerät ins Eigentum der Gemeinde übernommen.

**4. KFZ-Leasing-Vertrag für den John Deere Traktor 3720**

abgeschlossen mit der Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH am 01.04.2011 mit einer Laufzeit von 72 Monaten (01.04.2011 bis 31.03.2017), Ankaufspreis: € 42.748,60 inkl. USt, die monatliche Leasingrate beträgt € 625,45, Jahresbetrag: € 7.505,40. Mit der letzten Rate wird das Gerät ins Eigentum der Gemeinde übernommen.

**5. KFZ-Leasing-Vertrag für den Walker Diesel Mähtraktor MD**

abgeschlossen mit der Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH am 22.09.2011 mit einer Laufzeit von 60 Monaten (01.10.2011 bis 30.09.2016), Ankaufspreis: € 30.544,56 inkl. USt, die monatliche Leasingrate betrug € 521,40. Der Vertrag ist mittlerweile ausgelaufen.

**6. KFZ-Leasing-Vertrag für das Feuerwehrfahrzeug Ford Transit Variobus FT 350L „Trend“**

abgeschlossen mit der Raiffeisen-Leasing Österreich GmbH am 03.12.2012 mit einer Laufzeit von 60 Monaten (01.12.2012 bis 30.11.2017), Ankaufspreis: € 57.751,52 inkl. USt, die monatliche Leasingrate beträgt € 881,89, Jahresbetrag: € 10.582,68.

Der Gemeindevorstand empfiehlt nach kurzer Diskussion, der Gemeinderat möge die angeführten Verträge beschließen.

Schnecker: einsparungspotential kopierer, zb st. Martin adR: kosten 1/12 der kosten von rudersdorf; von wem wurde dieser vertrag abgeschlossen?

Bgm: hat er gemacht; 11 geräte in der nms sind zu viel, dir arbeitet daran, das zu reduzieren; künftig weniger geräte; vs dobersdorf zb weggefallen; rbb war partner, künftig nicht mehr; durch bezahlen der kopien war vertrag damals günstig; anzahl der kopien jedoch sehr gestiegen, sodass vor allem bei farbkopien mehrkosten bei kopienabrechnungen;

Zustimmung verträge  
einstimmig

#### **Punkt 8:**

#### **Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 18.02.1983 über die Grundlagen für die Einhebung von Kanalanschlussgebühren lt. Prüfbericht der Landesregierung**

Laut Gebarungsprüfungsbericht der Landesregierung ist der Beschluss des Gemeinderates vom 18.02.1983 über Grundlagen für die Einhebung von Kanalanschlussgebühren aufzuheben.

Bgm: antrag  
einstimmig

#### **Punkt 9:**

#### **Anträge der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:**

- a) Beschlussfassung zur Aufhebung sämtlicher auf der Grundlage der bereits aufgehobenen Verordnung erlassenen Bescheide wegen der fehlenden Grundlage und damit wegen Rechtsunwirksamkeit

Vorsitzender führt aus, dass

„Der Gemeinderat der Marktgemeinde Rudersdorf hat am 11.8.2016 durch Mehrheitsbeschluss mit der Gegenstimme von GR Salber beschlossen, nach der Feststellung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung im Prüfbericht mit der Zahl 2/GF.GPRUDER-10000-2-2015 die von der Marktgemeinde unter Zahl 85101/2016 erlassenen Kanalabgabe-Nachtragsbeitragsbescheide zum Bgld. Kanalabgabegesetz mangels einer rechtskonformen Verordnung des Beitragssatzes auf Grundlage der Berechnungsflächenerfassung nach dem Kanalabgabegesetz und der nach der Bundesabgabenordnung gesetzwidrigen bescheidmäßigen umgesetzten Möglichkeit eines Skontoabzuges bei der Abgabengleichung von Amts wegen aufgehoben werden. Nach dem Vorhandensein einer neuen, rechtskonformen Verordnung werden unter Anrechnung der auf den aufgehobenen Bescheid bezahlten Abgaben neu erlassen.“

Das ist generelle Aufhebung.

Die Wirksamkeit der Aufhebung ist durch einen entsprechenden Bescheid jedem Abgabepflichtigen gegenüber gegeben. Dafür gibt es die festgesetzte und von der Landesregierung mitgeteilte Jahresfrist. Die Aufsichtsbehörde empfiehlt im schriftlichen Prüfungsbericht, „nach Aufhebung und Neuerlassung der Verordnungen, jedoch in-

nerhalb der Jahresfrist, die Bescheide von Amts wegen aufzuheben und auf Grundlage der neu zu erlassenden Verordnung neue Nachtragsbescheide zu erlassen“.

Schnecker: spö hat auch rückzahlung beantragt. Spricht sich für die Aufhebung aus.

Bgm: abstimmung über antrag

6 Spö dafür

Övp dagegen

- b) Beschlussfassung und Rückzahlung aller auf Grundlage der gesetzeswidrigen Bescheide widerrechtlich eingehobenen Beiträge

Vorsitzender führt aus:

Bei der letzten Sitzung wurde bei dem nur mit einer Gegenstimme gefassten Grundsatzbeschluss zur Aufhebung der Nachtragsgebührenbescheide von Amts wegen auch mitbeschlossen, bei Neuerlassung die bereits bezahlten Abgaben jedem Abgabepflichtigen natürlich anzurechnen.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde bereits ein Antrag auf Rückzahlung mehrheitlich abgelehnt.

Schnecker: bereits abgelehnter antrag kann jederzeit wieder gestellt werden. Spö schlägt vor, den bürgern die bereits bezahlten beiträge zurückzuzahlen, um die probleme abzuschließen. Antrag, die rückzahlung bis ende november abzuschließen. Fordern auch, dass kein neuerlicher nachtragsbeitrag vorgeschrieben wird, weil kann-bestimmung.

Weber manuel: warum sinneswandel?

Schnecker: antrag über rückzahlung der eingehobenen beiträge bitte abstimmen

Bgm: verliest schriftlichen antrag der spö und bringt ihn zu rabstimmung

6 spö dafür

Rest dagegen

## **Punkt 10:**

### **Bericht des Bürgermeisters**

#### **a) Vorsprache Landesregierung 11.10.2016**

Bgm. Tauss berichtet, dass die Frist für die Vorlage des Mittelfristigen Finanzplanes von Frau Mag. Novosel und Frau Mag. Deutsch in der Form besprochen und so verschoben wurde, dass eine Beschlussfassung gleichzeitig mit dem Voranschlag für das Haushaltsjahr 2017 erfolgen kann. Ein entsprechendes Ansuchen wird eingereicht. Gleichzeitig wird an die LR ein Zwischenbericht über die bereits lt. Prüfbericht umgesetzten Änderungen bzw. Maßnahmen übermittelt.

Bgm: eingabe machen, dass mfp – weil frsrite bereits überschritten – gemeinsam mit budget fü r2017 beschlossen werden kann.

#### **b) Kenntnisnahme des VA 2016 , Schreiben der Landesregierung**

VB Moretti verliest Schreiben vom 27.09.2016, zl ....

**Beilage?**

c) Schreiben der LR – Nichtzurkenntnisnahme des REAB 2015

VB Moretti verliert Schreiben vom 22.08.2016, Zl ....

Bgm: wird bei nächster Sitzung beschlossen werden.

Schnecker: wann schreiben gekommen?

Bgm: 24.08.2016, mit Ireg besprochen, dass das in einem erfolgt.

Schnecker: spö schon damals Sollstellung beanstandet, damals abgetan, Anregungen sollten ernster genommen werden. Durch schwerwiegende Gründe nicht zur Kenntnis genommen, 2014 nur einige Punkte angeführt und trotzdem zur Kenntnis genommen. Schreiben sagt wieder aus, dass GdE kein Geld hat, Verantwortung von Bgm. und al.

Bgm: Entscheidungen grundsätzlich im GR erfolgt.

Schnecker: GR muss auch dafür haften. Besonders Kassier.

Beilage?

d) Eingabe Begleitweg B65 Richtung Dobersdorf / Marbachbrücke

Im Zuge der Vorbereitung auf den Bau der S7-Schnellstraße hat die ASFINAG die Grundstücke Nr. 900 und 902, KG Rudersdorf, die sich links und rechts des Marbaches unmittelbar neben der B65 befinden, als Ausgleichsflächen angekauft. Im Zuge des Ausbaues der B65 samt Radbegleitweg wurde seitens der Bundesstraßenverwaltung keine durchgehende Trassenführung des Radweges in Form einer verbindenden Vorfluterquerung ausgeführt. Der Radwegverkehr wird daher ungesichert auf den Brückengehwegbereich geleitet. Da dies aufgrund der hohen Frequenz der Bundesstraße eine erhebliche Gefährdung der Radfahrer darstellt, hat die Marktgemeinde Rudersdorf bei der ASFINAG um Genehmigung einer Mitbenutzung der genannten Ausgleichsflächen für eine Radwegquerung durch den Vorfluter in Form einer Furt angesucht.

e) Naturschutzrecht – Einreichung / Vorschreibung Unterstand; verlangte und aufgezeigte Maßnahmen

Mit Schreiben der Abteilung 4 der Bgld. Landesregierung vom 08.09.2016, Zl. A4/NN.B-10217-3-2016, Ansuchen um naturschutzrechtliche Genehmigung eines „Unterstandsbauwerkes“ im Natura 2000-Gebiet „Lafnitztal“, wurde der Marktgemeinde Rudersdorf mitgeteilt, dass es sich aufgrund der Lage des Unterstandes im Hochwasserabflussbereich der Lafnitz und durch die Nutzung als Garage sowie bei dem in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Zwischenlager für Baurestmassen und biogene Abfälle um Maßnahmen handelt, die das Natura 2000-Gebiet dermaßen beeinträchtigen können, dass dies eine Verschlechterung der Lebensräume und der Habitate der Arten sowie Störungen von Arten, für die das Natura 2000-Gebiet ausgewiesen worden ist, bewirken könnte. Wenn entsprechend Maßnahmen ergriffen würden, um die Hochwassersicherheit des gegenständlichen Unterstandes sowie des Zwischenlagers sicherzustellen, und damit eine Gewässergefährdung und eine Gefährdung der Schutzgüter im Hochwasserfall ausgeschlossen werden könnte, wären die Auswirkungen auf das Europaschutzgebiet neuerlich zu prüfen. Ein Gutachten des Sachverständigen Dipl.-Ing. Christian Holler wurde der Beurteilung zugrunde gelegt.

Da die Lagerung von Bauschutt ab dem Jahr 2017 ebenfalls nicht mehr erlaubt ist, muss der Gemeinderat eine Alternative für die Baurestmassen- und für die Grünschnittlagerung festlegen. Bgm. Tauss hat bereits Kontakt mit der Stadtgemeinde Fürstenfeld aufgenommen, um der Bevölkerung wenigstens vorübergehend eine Lösung anbieten zu können: Fürstenfeld wäre bereit, haushaltsübliche Mengen an Bauschutt (getrennt nach vier Kategorien) und Grünschnitt der Bevölkerung aus Rudersdorf und Dobersdorf gegen Kostenersatz im Abfallwirtschaftszentrum zu übernehmen. Eine Alternative wäre die Aufstellung eines Grünschnittsammelcontainers des UDB beim AWZ Rudersdorf, wobei jedoch das Problem besteht, dass dieser 1,8 m hohe Container nur mittels Rampe oder durch Versenkung des Containers beladen werden könnte. Die Errichtung von Hochwasserschutzmaßnahmen, um die Deponien dort belassen zu können, würde der Gemeinde ca. € 400.000,- bis € 500.000,- kosten. DI Ranak hat sich bereit erklärt, die Deponie zu besichtigen und Lösungsvorschläge zu machen.

Einige m<sup>2</sup> des unterstandes auf öffentlichem wassergut der republik im natura-2000-gebiet und im hw-überflutungsgebiet, baumaschinen dürfen nicht abgestellt werden. Sv auch festgestellt, dass rasenschnittfeinteile des grünschnittzwischenlager (udb entsorgt) nicht in naturkreislauf kommen dürfen, daher zwischenlager aufzulassen.

Unabhängig von naturschutzrechtlicher beurteilung aufgrund neuregelung ab 2017 muss baurestmassenlager aufgelassen werden. Neue regelungen und kooperationen notwendig.

Schnecker: wer hat unterstand genehmigt?

Bgm: baurechtlich und wasserrechtlich genehmigt von gemeinde mit kenntnis der bh; wurde nicht überprüft, ob sie auf öffentlichem wg steht; auf plan anders eingezeichnet;

Damals nicht natura-2000;

#### Info mikroöV-system

Präsentation aufgrund unterlagen

#### **Punkt 11:**

##### **Informationsaustausch/Allfälliges**

Bgm: sitzung wahlbehörde für pbwahl konnte nicht abgehalten werden, weil nicht beschlussfähig, neue sitzung am 03.11.2016, hälfte der gemeindewahlbehörde muss anwesend sein. Dauert nur 15 min, 18 uhr.

Fuchs harald: patermin 15.11.?

Bgm: jour fixe in rudersdorf, ungünstig, anderer termin

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht werden, schließt der Vorsitzende mit den Worten des Dankes für die gemeinsam getroffenen Entscheidungen um 20.20 Uhr die Sitzung.

.....

Bgm. Franz Tauss

.....

VST Christian Doncsecs

.....

VST Lucia Salber

.....

Claudia Moretti  
Judith Rosenberger